

Er scheint wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfspaltige
Werkzeile 40 Pfg.
Für die Ortsvereine 10 Pfg.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungs-Preisliste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 49

Berlin, den 6. Dezember 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,
Geldsendungen an W. Ziefe, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. — Jede Organisation bekommt den Vertrag, den sie verdient! — Das Reichs-Wohnungs-gesetz. — Der paritätische Arbeitsnachweis in Berlin. — Feuilleton: Die Flechtindustrie bei den Naturböllern der Erde. — Technisches. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin, Biberach, Danzig, Erlangen, Großenhain, Weiskau. — Lohnbewegung. — Briefkasten. — Zur Ausschilfe. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Nachdem die am 15. Februar 1913 ablaufenden Tarifverträge sämtlich gekündigt worden sind, haben inzwischen die Verhandlungen über die Erneuerung dieser Verträge bereits begonnen. Die Zentralvorstände der beiderseitigen Verbände haben in gemeinsamen Sitzungen am 29. und 30. November in der Berliner Handwerkskammer die ersten Beratungen gepflogen, die allerdings ein Resultat noch nicht gezeitigt haben. Die Verhandlungen betrafen die Arbeitszeit und Lohnfrage, den Ablauftermin für die neuen Verträge, die Verbesserung der schiedsrichterlichen Instanzen zwecks vermehrten Schutzes gegen Vertragsverletzungen einzelner Mitglieder auf beiden Seiten, ferner die Frage der paritätischen Arbeitsvermittlung, sowie noch eine Anzahl anderer Gegenstände, die einer neuen Regelung bedürfen.

Ein Ergebnis konnte bezüglich keiner dieser Fragen bisher erzielt werden, doch ist vereinbart worden, daß die Zentralvorstände bereits am 13. und 14. Dezember d. J. aufs neue zusammentreten, um ihre Bemühungen zur Schaffung einer Unterlage für die eigentlichen Tarifverhandlungen, die direkt zwischen den örtlichen Parteien in allen beteiligten Städten geführt werden, in dieser neuen Zusammenkunft fortzusetzen. Die örtlichen Verhandlungen selbst werden auf Einladung der Arbeitgeber in allen Städten gleichfalls baldigst aufgenommen werden.

Jede Organisation bekommt den Vertrag, den sie verdient!

Diejenige Aussage finden wir in der dieswöchigen „Stimme“, dem Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes. In einem längeren Aufsatz wendet sich der Artikelschreiber, der angeblich aus Süddeutschland stammt, gegen die Arbeiter, wegen der von diesen mitgeteilten Tatsache, daß sämtliche Verträge von den Arbeitgebern gekündigt wurden.

Es wird da von neuem gegen die Auffassung der Öffentlichkeit Sturm gelaufen, als ob die Arbeitgeber in böswilliger Absicht sämtliche Verträge gekündigt hätten. Es wird erklärt, die Arbeitgeber hätten ein Interesse, das Kampffeld nicht verschoben zu lassen, sondern selbst zu bestimmen. Mit anderen Worten soll das heißen, wenn die Arbeiter einen Teil der am 15. Februar 1913 ablaufenden Verträge durch die Arbeiter nicht gekündigt wurden, so geschah dieses nur zu dem Zwecke, um die große Zahl derselben zu vermindern und dann bessere Bedingungen für sich zu erzielen. Dieser Taktik, sagt das Arbeitgeberorgan, ist ein Niegel durch die Kündigung sämtlicher Verträge seitens der Arbeitgeber vorgezogen worden.

Zugegeben, dieser Einwand der Arbeitgeber hätte Anspruch auf Richtigkeit, so darf doch eines nicht übersehen werden, daß gerade die Vertreter der Arbeitgeber bei den Vertragsverhandlungen der letzten Jahre immer wieder darauf hinwiesen, daß verhandelt werden müsse beim Abschluß neuer Verträge zusammenhängenden Wirtschaftsgesetzen den nächsten Ablauftermin zu geben. Dieser Verzicht soll, durch die Nichtkündigung einer Reihe von Verträgen seitens der Arbeiterorganisationen, diesmal gemacht werden,

wurde aber von den Arbeitgebern durchkreuzt. Wichtig in diesem Artikel ist für die Arbeiter ein Satz, in welchem die Arbeitgeber sagen: an der bestehenden Arbeitszeit und an den bestehenden Löhnen soll nicht gerüttelt werden. Was man damit sagen will ist klar. Die bestehende Arbeitszeit und die bestehenden Löhne sollen nach der Auffassung der Arbeitgeber im allgemeinen auch für die nächste Vertragsperiode Geltung haben. Um den Beweis zu führen, daß dieses möglich sei, wird gesagt, daß das „Korrespondenzblatt der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ geschrieben habe: „Die Löhne seien höher gestiegen, als die Teuerung.“

Wir wissen nicht, ob dieses Zitat Anspruch auf Richtigkeit hat, jedenfalls bestreiten wir ganz energisch, daß die Löhne mehr als die Teuerung gestiegen sind. Aber auch das Arbeitgeberorgan scheint an diesen Satz nicht so ohne weiteres glauben zu können, denn neben den beiden Ausrufungszeichen, die man diesem Satz beigefügt hat, steht auch ein Fragezeichen.

Kollegen! Wir sehen, daß die Arbeitgeber bei dem diesjährigen Vertragsabschluss wohl an keine Verschlechterung, aber auch an keine Verbesserung der Verhältnisse denken. Es soll alles bleiben wie es war. Sind denn unsere Verhältnisse wirklich so gut, daß wir uns mit diesem Standpunkt beschreiben müssen? Sollen wir uns ins Boddenhorn jagen lassen, weil die Arbeitgeber alle Verträge gekündigt haben? Mit nichts! Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, dann werden auch die neuen Verträge zugunsten der Kollegen ausfallen. Das Arbeitgeberorgan „die Fachzeitung“ schreibt am Schlusse des von uns erwähnten Artikels wie folgt:

„Allen Kollegen rufen wir zu: Bewahren Sie kaltes Blut, haben Sie Vertrauen zu Ihrer lokalen Vorstandschaft und zu Ihrer Zentrale, lassen Sie sich durch Gerüchte, von wem sie auch ausgehen wollen, nicht irren machen, glauben Sie nicht, was Ihnen hintertragen wird, dulden Sie keine Zersplitterung, halten Sie zu Ihrer Vorstandschaft, halten Sie zu Ihrem Verband, denken Sie nicht an die trennenden Momente, erinnern Sie sich vielmehr an das, was uns zusammenführt, zusammenketzt, ja zusammenketten muß, arbeiten Sie, jeder nach seinen Kräften mit, kurz, jeder sei ein ganzer Mann.“ — Das ist was uns nicht tut: ein enger fester Zusammenschluß aller Berufsgenossen, der allein den Erfolg verbürgt, uns zu erstrebenswerten Bundesgenossen macht und der auch dem Segner Achtung abringt. Prüfen Sie sich alle das geflügelte Wort unseres Führers, des Obermeisters Kahardt, das auch bereits unsere Segner als Agitation benützen, recht fest ein:

„Wer keine Opfer für seine Organisation bringen will, dem kann es gar nicht schlecht genug gehen!“

Agitieren Sie in Ihrem Bezirk unter Ihren Bekannten und Freunden, sagen Sie ihnen, was auf dem Spiele steht. Helfen Sie Ihren Führern, die Läden in der Organisation auszufüllen. Erinnern Sie die Außenstehenden, daß ihre Standeshere es ihnen gebietet, nicht ruhig und mit Gewehr bei Fuß zuzusehen, wie die anderen Berufsgenossen für sie kämpfen, erinnern Sie die Außenstehenden an die mannigfachen, vielleicht berechtigten Vorwürfe, die dahin abzielen, daß der Vertrag nicht nach ihrem Geschmack ausgefallen ist, fordern Sie diese Kollegen die aus irgendeinem Grunde uns noch ferne stehen, auf, mitzuhelfen und mitzuarbeiten, mitzuraten und mitzutaten, denn wir wollen ihre Schmerzen kennen lernen und wollen ihnen abhelfen, aber nur in gemeinsamer Arbeit. Sagen Sie den unserer Organisation noch fernstehenden Kollegen, daß wir um so eher einen uns befriedigenden Vertrag bekommen, je geschlossener und geträgtiger wir dastehen: ja sagen Sie ihnen:

Jede Organisation bekommt den Vertrag, den sie verdient!

Wir haben sicherlich keine Ursache, kopflos zu werden, unsere Führung verdient Vertrauen! Aber wir dürfen unsern Führern nicht die gesamte Arbeit zumuten: Mann für Mann müssen wir zusammenstehen, jeder muß sein Scherlein beitragen, schon umbedwillen, waldurch unsere Mitarbeit unsere Führer zu erneuter angestrengter Arbeit angespornt werden.

Einigkeit, Opferwilligkeit, Vertrauen in unsere Führung, Auf-

klärung und Gewinnung der außenstehenden Kollegen, das ist es, was uns Arbeitgebern im Holzgewerbe in dieser ersten Zeit notwendig zum Segen und zum Wohle unseres schönen Holzgewerbes!

Diese Ausführungen möchten wir unseren Kollegen zur sinngemäßen Anwendung unter den Holzarbeitern dringend empfehlen, dann dürfte der 15. Februar 1913 einen Erfolg bringen, gleichviel ob durch Kampf oder auf friedlichem Wege.

Das Reichs-Wohnungsgesetz.

Von Rechtsanwalt Dr. Hans Simon, Berlin.

Alle Volkstreue sind sich darüber einig, daß eine gesetzliche Regelung des Wohnungswezens von erheblichem Einfluß auf alle jene Schritte sein muß, die auf die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, der Tuberkulose, des Alkoholismus, auf die Einschränkung der stillosen Verwahrlosung der Jugend und der Notwendigkeit staatlicher Fürsorgeerziehung hinführen. Alle jene wichtigen Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege führen, wenn man den Ursachen der Mißstände nachforscht, im wesentlichen auf unerträgliche Wohnungsverhältnisse zurück.

Ist es deshalb von allen, denen das Wohl unseres Volkes am Herzen liegt, mit Freuden zu begrüßen, daß endlich an die gesetzliche Regelung des Wohnungswezens herangetreten wird, so muß auf eine Gefahr hingewiesen werden, die dem mit Sehnsucht erwarteten Werke droht. Diese Gefahr liegt in dem Standpunkt der Reichsregierung, wonach die Regelung, die freilich auch die Regierung für erforderlich hält, nicht durch ein Reichsgesetz erfolgen, sondern dem Ermessen der einzelnen Bundesstaaten überlassen bleiben soll. Diese Gefahr ist größer, als gemeinhin angenommen wird. Die Juristenwelt und das Publikum sind, soweit sie sich mit der Frage nicht beschäftigt haben, der Ansicht, daß nichts anderes als ein Reichsgesetz in Frage steht. Tatsächlich hat aber der Herr Staatssekretär des Innern des Reichs am 29. Februar d. J. im Reichstag erklärt:

„Man hat vornehmlich eine reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswezens gefordert. Ich habe des öfteren die Bedenken dargelegt, die ich gegen eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie habe. Sie beruhen im wesentlichen darauf, daß eine derartige reichsgesetzliche Regelung in Materien eingreift, die bisher der Gesetzgebung der Bundesstaaten überlassen waren und ihnen verständigerweise überlassen bleiben müßten. Dahin gehört z. B. das Strafenrecht, das Flüchtlingsrecht usw. Eine derartige reichsgesetzliche Regelung würde Eingriffe bedeuten in das Selbstverwaltungsrecht der Städte, wie es in den verschiedenen Bundesstaaten auf verschiedenen Grundlagen aufgebaut ist. Es würde eine für die Städte höchst unerwünschte Erweiterung polizeilicher Befugnisse bringen. Das sind Dinge, die ein Bundesstaat eventuell im Rahmen seiner Gesetzgebung anordnen und mit seinen gesetzgebenden Körperschaften vereinbaren kann, die aber in den starren Formen eines Reichsgesetzes außerordentliche Unbequemlichkeiten und Lasten bringen würden. Aus diesem Grunde wiederhole ich: Ich hoffe bestimmt, daß die Bundesstaaten die Frage ihrerseits in die Hand nehmen, da sie dann in zweckentsprechender Weise geregelt wird als von Reichs wegen.“

Der Herr Staatssekretär sagte allerdings hinzu, bisher habe sich diese Hoffnung nicht erfüllt, und er gebe zu, daß auf dem Gebiete des Wohnungswezens soviel Mißstände bestehen, daß auf die Dauer ein völliges Gehenlassen unmöglich sei. Würden die Bundesstaaten weiterhin versagen, werde allerdings wohl das Reich an die Lösung der Frage herantreten müssen.

Nachdem im März 1912 auf Initiative des Reichstags eine Kommission für ein Wohnungsgesetz gebildet war, gab vor Eintritt in die Tagesordnung der ersten Kommissionsitzung Zeitungskorrespondenzen zufolge der Herr Vertreter des Reichsministers des Innern eine Erklärung ab, in der er zunächst die Stellung der Verbündeten Regierungen darlegte. Ausdrücklich erklärte auch er:

„Die gesetzliche Regelung auf dem Gebiete des Wohnungswezens liegt zurzeit in der Hand der einzelnen Bundesstaaten. Der Bundesrat als solcher hatte bisher keine Veranlassung, sich über die Frage reichsgesetzlicher Maßnahmen auf diesem Gebiete schützig zu machen. Es entspricht lediglich der Auffassung, wie sie bei den

Verbündeten Regierungen von jeher bestanden hat, daß es nicht möglich sein wird, während Ihrer Beratungen zu den Ihnen vorliegenden Anträgen in materieller Hinsicht Stellung zu nehmen."

Nach allem wird man sagen müssen, daß die Hoffnung auf das Einbringen eines Reichsgesetzes überaus gering ist. Der „Köln. Zeitg.“ zufolge bleibt die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die Wohnungsaufsicht Sache der Einzelstaaten sei; es sei deshalb neuerdings in diesem Sinne auf die Bundesstaaten eingewirkt worden. Auf diese Anregung sei es auch zurückzuführen, daß die preussische Regierung den von ihr früher ausgearbeiteten Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes aus dem Jahre 1904 neu bearbeitete.

Gerade die Geschichte dieses Entwurfs aber zeigt, wie wenig geschehen wird, wenn die gesetzliche Regelung den Einzelstaaten vorbehalten bleibt. Bereits die preussische Chronik vom 8. Januar 1901 wies darauf hin, daß die Gestaltung der Wohnungserhältnisse einen Eingriff auf den verschiedenen Gebieten kommunaler und staatlicher Fürsorge erfordere. Der daraufhin am 19. März 1901 ergangene gemeinschaftliche Erlaß der beteiligten Minister verlangte und erzielte Ermittlungen, und das Ergebnis war, daß in der Begründung des erwähnten Gesetzentwurfs von 1904 die Feststellung getroffen wurde:

„Es kann nicht bezweifelt werden, daß in dem Wohnungswesen weiterer Bevölkerungszunahme und zwar nicht nur in den Großstädten und in Industriebezirken, sondern auch vielfach außerhalb der letzteren in mittleren und kleineren Gemeinden erhebliche Mißstände herrschen, die zum wesentlichen Teil dauernder Natur sind.“

Aber der Entwurf blieb Entwurf, und alle Versuche der Parteien, ein brauchbares Gesetz zustande zu bringen, waren erfolglos.

Gerade im preussischen Abgeordnetenhaus hat sich manche Stimme gegen eine reichsgesetzliche Regelung erhoben. So hat noch am 2. März 1912 der Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz-Rentkowsky als Steller eines Antrags betreffend Erlaß eines Wohnungsgesetzes erklärt: Man müsse die Landesgesetzgebung auf die großstädtischen Verhältnisse beschränken und könne hieraus nur ein Moment gegen das Eingreifen der Reichsgesetzgebung herleiten.

Charakteristisch ist auch in diesem Zusammenhange, daß im § 1 des Zweiverbandgesetzes für Groß-Berlin die ursprünglich angenommene Ziffer 4, wonach der Zweiverband die Befugnis erhalten sollte, Gelände zum Bauen von Wohnungen zu erwerben, vom Herrenhause gestrichen worden ist.

Mit Recht haben die Reichstagsabgeordneten fast aller Parteien die Ansicht ausgesprochen, Abhilfe sei nur möglich durch Vorgehen des Reichs; von den Einzelstaaten oder gar von einzelnen Gemeinden sei infolge des vielfach noch herrschenden Landeswahlrechts eine durchschlagende Reform nicht zu erwarten.

Die Bedenken der Reichsregierung dürften in der Tat zu widerlegen sein. Was die formelle Seite der Zuständigkeit anbelangt, so bildet der Artikel 4 Ziffer 15 der Reichsverfassung, wonach „Wohrregeln der Medizin- und Veterinärpolizei“ der Aufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs unterliegen, die gesetzliche Grundlage für ein Vorgehen des Reichs in einer Frage der öffentlichen Gesundheitspflege. Auch dürfte bei der hervorragenden Wichtigkeit der Sache das formelle Bedenken der Zuständigkeit wirklich nicht ausschlaggebend sein. Wenn ferner in der Sache selbst auf Schwierigkeiten hingewiesen wird, die einer reichsgesetzlichen Regelung wegen der Verschiedenheiten der Bedürfnisse des deutschen Volkes gegenüberstehen, so kann auch dieser Einwand nicht imstande sein, von der Aufgabe abzuhalten. Die Schwierigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung lag bei der Abfassung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in weit erheblicherem Maße vor: das Vereinsrecht z. B., das eheliche Güterrecht, das Sachenrecht u. a. m. wiesen in großen Teilen unseres

Vaterlandes fast unvereinbare Schwierigkeiten auf, und doch ist das große Werk an der Schwierigkeit der Aufgabe nicht gescheitert. Wenn es übrigens möglich ist, für ganz Preußen ein einheitliches Wohnungsrecht zu schaffen, so muß dies auch für das Reich möglich sein. Denn die Verschiedenheiten zwischen den Anschauungen in den östlichen Provinzen und beispielsweise dem Rheinland sind sicher nicht größer, als die Verschiedenheiten zwischen dem Rheinland und Süddeutschland. Auch steht ja selbstverständlich nichts im Wege, daß auf etwa vorhandene Verschiedenheiten in einem Reichsgesetz gebührende Rücksicht genommen wird.

Wird jetzt der Zeitpunkt nicht wahrgenommen und wird nicht ein Gesetz für das ganze Reich geschaffen, acht vielmehr erst ein einzelner Bundesstaat mit der Regelung der Materie vor, so ist zu befürchten, daß eine reichsgesetzliche Ordnung der Dinge nie mehr nachfolgt und daß diejenigen Bundesstaaten auf unabsehbare Zeit zurückbleiben, in denen die Vertreter des Volkes noch nicht das gerade für diese Aufgabe erforderliche soziale Gewissen besitzen.

Die Frage, um deren Lösung es sich handelt, bedeutet unabdingbar viel für das Wohl und Wehe des ganzen deutschen Volkes. Es bedingt einen kolossalen Verlust an unserem Nationalvermögen, wenn jährlich Hunderttausende von Kindern vor Erreichung des arbeitsfähigen Alters hinstirben oder für immer arbeitsuntauglich werden, und wenn unzählige Erwachsene durch schleichende Krankheiten mitten im arbeitsfähigen Alter dahingerafft werden. Je mehr die Säuglingssterblichkeit herabgesetzt wird, je größer die Arbeitsfähigkeit der einzelnen wird, um so reicher wird unser Volk werden. Ein Zurückweichen unserer Entwicklung in dem Sinne, daß aus dem Industriestaat, zu dem Deutschland geworden ist, wieder ein Ackerbau treibender Staat wird, ist ausgeschlossen. Darum müssen wir im Interesse der einzelnen, das identisch ist und sein soll mit dem Interesse des Volksganzen, zu einem Reichswohnungsgesetz gelangen, durch welches für unser ganzes deutsches Vaterland der Bau von Wohnungen angestrebt wird, die in gesundheitlicher, sozialer und sittlicher Beziehung ein Mindestmaß des Menschenwürdigen bringen. Deshalb ergeht der Ruf an alle, die Einfluß haben auf die Gestaltung der Dinge, nicht von dem Kampfe um ein Reichswohnungsgesetz abzulassen.

Der paritätische Arbeitsnachweis in Berlin.

In der „Berliner Volkszeitung“ finden wir in der Nr. 565 vom 1. Dezember folgende Ausführungen zu obigem Thema:

Ein Berliner Tischler schreibt uns im Hinblick auf die Tariffindigung im Holzgewerbe:

Es ist betont worden, daß der Hauptstreikpunkt für Berlin in der Vertragserneuerung des paritätischen Arbeitsnachweises liegen würde, den die Unternehmer nicht mehr haben wollen. Mit Recht, denn nicht nur von den Unternehmern wird er als Mißstand empfunden, sondern auch von vielen Arbeitern, ja sogar von Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die durch diesen Arbeitsnachweis gezwungen werden, sich ihre Arbeit von diesem zu holen. Ich selbst war schon jahrelang in Berlin als Tischler tätig, früher im Deutschen Holzarbeiterverband. Ich bin aber wegen des Nachweises ausgetreten. Ich haite noch nie in diesen Jahren lange hintereinander ohne Arbeit zu sein brauchen, erst infolge dieses Nachweises wurde auch ich gezwungen, im letzten Jahre längere Zeit zu bummeln, denn so manchem Gehilfen wird durch dieses Nummerensystem eine gute Stelle von unten vorweggenommen, die der Arbeit gar nicht gewachsen sind; sie nehmen eben die Arbeit an, weil ihre Nummer dran ist,

arbeiten dann nur ein paar Tage oder auch Wochen, um dann wieder auf dem Arbeitsnachweis zu erscheinen. Einem Arbeiter, der die Arbeit wirklich machen kann, wird auf diese Weise die Arbeit verborgen. In diesen Fällen kann man es den Unternehmern gar nicht verdenken, wenn sie gegen den paritätischen Nachweis sind, denn in vielen Fällen bleibt die Arbeit dann sogar liegen, wenn sie Leute annehmen, die sie nicht verstehen. Dadurch wird die Arbeit den Unternehmern viel teurer, als sie kalkuliert ist. Es sollte einmal eine öffentliche Tischlerversammlung einberufen werden, wo jeder seine eigene Meinung zum Ausdruck bringen kann, da wären wohl sehr wenige, auch unter den Arbeitern des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die nicht den paritätischen Nachweis beseitigt wissen wollten. Manchem Familienvater war früher durch andere Kollegen oder durch die Zeitung Gelegenheit gegeben, sich seine Arbeit zu suchen, wie er will, wie es einem freien Menschen und Arbeiter auch durch sein Recht zusteht. Aber leider besteht auf diesem Nachweis ein Zwang, hauptsächlich unter Verbandsmitgliedern, du darfst eben nicht eher arbeiten und mußt warten, bis du daran bist. Das nennt die Welt freie Arbeiterschaft! Gerade im Deutschen Holzarbeiterverband sollte das Delegierten-system beseitigt werden und jedem Mitglied sein freies Wahlrecht zur Generalversammlung und auch in anderen Sachen, Beitragserhöhung, Beamtengehältererhöhung usw. gegeben werden, wie es die Arbeiterschaft auch in Preußen verlangt, aber hier wird es verlangt und dort unterdrückt. Welcher Unterschied in der Freiheit des Arbeiters! Wäre dies der Fall, daß jedes Mitglied seine Stimme selbst in die Waagschale werfen könnte, wo bliebe dann dieser paritätische Arbeitsnachweis?

Genau so war es bei der Beitragserhöhung im Holzarbeiterverband von 1 Mark auf 1,25 Mark; das wird eben in der Delegiertenversammlung beschlossen und die Mitglieder müssen zahlen; es ist kein Arbeitsloser befragt worden, wo es in einer Stadt wie Berlin doch immer einige Tausend gibt; seid ihr damit einverstanden oder nicht? Eine Arbeitslosenversammlung hat darüber nichts zu bestimmen, ihr müßt eben zahlen!

Technisches.

Alte Holzarten.

Im Großbetrieb ist es bekannt genug, daß es eine ganze Reihe von Holzern gibt, die giftige Eigenschaften besitzen und infolgedessen bei ihrer Verarbeitung unheilvolle Einflüsse ausüben können. Auch hier ist man zunächst begreiflicherweise nur durch Schaden klug geworden, und mehr als ein tüchtiger Arbeiter hat sich eine schwere Erkrankung durch giftiges Holz geholt, ohne die geringste Ahnung der Gefahr gehabt zu haben. Jetzt wird in der Regel jede Holzart, die als Neuheit in den Weltmarkt kommt, von der Chemie auf ihre Zusammenfassung geprüft, wodurch bei genügender Sorgfalt eine solche bedenkliche Eigenschaft zutage treten muß. Es sind verschiedene Arten von Stoffen, die als Bestandteile des Holzes gefährlich werden können, bald die als Pflanzengifte so weit verbreiteten und beräucherten Alkaloide, bald Säuren oder auch essenzielle Öle. Schließlich gibt es auch Pflanzen, die durch einen besonderen Milchsäurestoff sind, wie die über die ganze Erde verstreuten Euphorbiae, die Familie der Wolfsmilch. In unseren Breiten ist ein Vertreter dieser Gattung, der imstande wäre, ein Kuchholz zu liefern, nicht vorhanden. Dagegen sind auch in der gemäßigten Zone einige Bäume heimisch, die giftiges Holz haben. Zunächst ist darunter die Eibe zu rechnen, deren Holz nach seinen übrigen Eigenschaften sehr geschätzt, aber wegen seiner ziemlich seltenen nicht viel gebraucht werden kann. Der Wacholder besitzt in der Art Juniperus sabina, die freilich im nördlichen Europa nicht vorkommt,

Die Flechtindustrie

bei den Naturvölkern der Erde.

Eine ethnographische Skizze von H. St.

3. Asiatische Naturvölker und Halb-Kulturvölker.

Auf die asiatischen Kulturvölker und alten Kulturkreise der Perser und Iranier, der Saker, Chinesen, Japaner und Kaukasusvölker können wir hier nicht näher eingehen, weil eine derartige Behandlung außerhalb des enger begrenzten Rahmens unseres Themas liegen würde, die sich nur auf die wilden Naturvölker beschränken will. Erwähnung mögen nur die besonders berühmten faserlich lockerten Bambusflechtwaren der Siamer und Hinterindier von Koman bei Bangan sein. In China wie überhaupt in Ostasien konzentriert sich die Zubereitung vielfach auf einzelne Orte oder bestimmte Kreise, indem man teilweise auf Rohstoffe von beständlicher Beschaffenheit angewiesen ist. Besonders bedeutend ist die großartige Korbflechterei in der Provinz Szechuan, die maßenhaft geschnittene Körbe nach Nordamerika ausführt und exportiert. Die Kaukasusvölker werden wir ebenso wie die europäischen Kulturvölker in einem besonderen Kulturblatte behandeln, das die Entwicklung der Korbwaren bei den Kulturvölkern in einem Zeitraum von zwei Jahrtausenden zum Gegenstande haben wird. Interessant ist es, daß man in Kaukasien das Getreide in drei aufeinander folgenden großen Körben aufbewahrt; in Dagestan und Ararat ist übrigens nebenbei bemerkt, das Weizen die Trägerin einer weisenschilderten Hauswirtschaft. Das die nordischen Völker des arktischen Nord und Grönland umfasst, so bildet in Sibirien und

bei den nordischen Völkern naturgemäß das Fell der Tiere eine besondere Rolle für die Geräte; nächst den Fellen sind die Rinden ein vielbenutztes Material, namentlich die Birkenrinde, in dessen Verarbeitung namentlich die sibirischen Tungusen großes leisten. Körbe, Taschen und Mägen mit gepreßten farbigen Ornamenten werden aus Birkenrinde gemacht. Im ganzen und großen ist ja der Hausrat bei diesen nordischen Völkern, die sich fast stets auf der Wanderung befinden, nur spärlich; Traggefäße nehmen, da bei echten Nomaden stets alles zum augenblicklichen Ausbruch verpackt ist, einen großen Teil des Hausrates in Anspruch. In jedem Zelte sind einige zylindrisch gestaltete, aus Fellen zusammengesetzte Behälter zu bemerken, worin man die verschiedenen zum Haushalt gehörigen Kleinigkeiten aufbewahrt. Die Gefäße sind aus Holz, Baumrinde oder Häuten hergestellt. Interessante Geräte und Körbe der hyperboreischen Völkerstämme Nord Sibiriens reproduziert Dr. Nagel nach Objekten des Berliner Museums für Völkerkunde, darunter einen Birkenkorb der Ob-Samojeden sowie einen Birkenkorb und einen Korb für Legehühner der sibirischen Tungusen.

4. Amerika.

Ethnographische Notizen mit den nördlichsten Bewohnern der Alten Welt weisen die nördlichen Bewohner der Neuen Welt, Nordamerikas und Grönlands, auf die Eskimos. Namentlich die Eskimos, die auf den Nordwestküsten benachbarter Inseln wohnen, leisten viel im Flechten. Diese Eskimos benutzen zum Flechten eine nach Art des Hanfes zubereitete Faser aus dem Halmen einer Cyperus-Art; in den Höhlengräbern von Santa Catharina haben

Forscher kunstvolle Matten gefunden, worin, wie bei den Maori Neuseelands, Federn und Renntierhaare eingestochen waren; die Hüte der Bewohner am Prinz William-Sund sind aus Binzen undurchlässig geflochten, oft doppelt; ebenso vorzüglich sind ihre undurchlässigen Körbe aus Walfäden, wie diese Körbe genau so auch bei den Sibirianern wiederkehren, ferner ihre kunstreichen Basser zum Aufbewahren der zur Depudierung des Kopfhaares verwandten Flaumfedern von Kormoran und dergleichen. Wie bei den Eskimos spielen auch bei den geographisch benachbarten nordwestamerikanischen Sibirianern im Hausrate Matten von feiner Arbeit, Beutel von Mattenarbeit und aus Reifern geflochtene Körbe eine Rolle. Der Flecht, der bei so unvollkommenen Werkzeugen so Bedeutendes zu leisten weiß, ist bewundernswert; während die Männer phantastisch verziertes Schnitzwerk aus Holz verfertigen, flechten die Frauen der nordwestamerikanischen Sibirianer Körbe und Hüte aus Stroh oder auch Wurzelasern und Matten aus dem Baste der Fleder. Im Völkerkundlichen Museum in Berlin befinden sich interessante Exemplare solcher indianischer Flechtarbeiten aus Nordwestamerika, Körbe u. dergl. Kunstreiche Flechtereien führten auch die Wald- und Prärieindianer im Inneren Nordamerikas aus; freilich ist zu berücksichtigen, daß die Mohikane, die jetzt noch in den Vereinigten Staaten anzutreffen sind, nur mehr spärliche und verstreute Ueberreste der alten indianischen Urvölkerung darstellen. Der Maulbeerbaum, Pappel, Linde, Ulme usw. lieferten Bastfasern. In Kalifornien werden auch die feineren Bastfasern der Nadelhölzer als Rohstoffe für die Flechterei verwendet. Geschwungene oder gerundete Motive in Flecht- und Webarbeiten sind charakteristisch selten. (Fortsetzung folgt.)

einen Vertreter, der die Giftigkeit seines Holzes schon durch einen starken und unangenehmen Geruch verrät. Trotz dieser Eigenschaften wird er nicht selten zur Herstellung von Bleistiften und anderen kleineren Gegenständen verarbeitet. Endlich ist noch an den bekannten Goldregen zu erinnern, dessen Holz als falsches Ebenholz wegen seiner Härte und Schönheit zur Verwertung loht, die sich eigentlich durch seine Giftigkeit verbietet. Die Erkrankungen, die durch diese Holzarten hervorgerufen werden können, sind aber selten schwer und pflegen sich auf Kopfschmerzen, Uebelkeit und geringe Herzstörungen zu beschränken. Weit bedenklicher wirken in dieser Richtung manche exotische Holzarten sowohl aus Afrika wie aus Asien und dem fernem Australien. Dieser Unterschied gilt insbesondere für die verschiedenen Arten des Buchsbaums. Zu den giftigsten Holzarten überhaupt ist das so oft rühmend genannte Sandelholz zu rechnen, das gerade wegen seines Wohlgeruchs gesucht zu werden pflegt. Auch verschiedene Rosenhölzer, die einen ganz besonderen Duft ausströmen, besonders das indische von der Pflanzenart *Ambric balsamifera*, sind trotz ihres Duftes bedeutliche Stoffe, die bei der Verarbeitung schwere Erkrankungen veranlassen können. Manche dieser Holzarten werden gerade wegen ihres Giftgehalts, wie es ja bei den meisten Giftstoffen der Fall ist, auch von der Medizin verwendet. Dr. Großmann nennt in einer recht vollständigen Uebersicht über die giftigen Hölzer, die er im Journal für Pharmazie und Chemie veröffentlicht, außerdem noch das sogenannte Cocobolo, den Rababaum von den Molukken, das Holz des Mustatbaums, das sogenannte Beilchenholz und schließlich sogar das beliebte Mahagoni, das einem braven Tischler zum wenigsten eine Entzündung der Atemwege eintragen kann.

Wie man eine Schraube aus verquollenem Holz löst.

Wo eine Schraube, die in verquollenem Holz fest sitzt, entfernt werden muß, da liegt immer die Gefahr nahe, daß man mit dem Schraubenzieher den Kopf abdreht und so die Schraube unangreifbar machen kann. Ein einfaches, aber wirksames Mittel gibt „Ecient Am.“ an. Einen zu Rotglut erhitzten Feuerhaken oder ein anderes rundes, abühend gemachtes Stück Eisen hält man nur kurze Zeit lang dicht an den Schraubenkopf, bis man annehmen kann, daß die Schraube vollkommen durchwärmt ist. Dann wartet man einige Minuten, bis sie sich wieder abgekühlt hat, und wird dann finden, daß sie sich nun sehr leicht mit demselben Schraubenzieher entfernen läßt, der vorher den Dienst versagt hat.

Die Erklärung für diese Erscheinung ist sehr einfach. Durch das Erhitzen dehnt sich die Schraube aus, und das Loch, in welchem sie sitzt, wird dadurch ein wenig aufgetrieben. Die Schraube kühlt sich dann wieder ab und zieht zu ihrem früheren Umfang zurück, während das Loch seinen etwas vergrößerten Durchmesser behält. Natürlich sitzt nun die Schraube bei weitem nicht mehr so fest wie vorher.

Patentschau.

Ausgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:

- Nr. 75 a. D. 26 457. Verfahren zur Zubereitung der Oberflächen von Holzern, die gestrichelt werden sollen, um eine Goldfärbung verschiedener Tönungen zu erhalten zwecks Erzielung schöner Reflexe nach dem Firnissen. Louis Doyen, Paris. Ang. 1./2. 12.
- Nr. 34 g. S. 34 744. Arbeitsstuhl, bei dem der Ständer mit der Grundplatte durch eine Schraubensfeder verbunden ist. Die S. Smith & Son Company, Pittsburg, B. St. A. Ang. 30./9. 11.
- Gebräuchsmuster:**
- Nr. 38 e. 529 468. Zwinge. Herm. Stephan, Leipzig. Ang. 16. 4. 12.
- Nr. 38 e. 529 837. Schließschleibe. Aug. Disteler, Remscheid-Bieringhauser. Ang. 24./10. 12.
- Nr. 38 k. 527 454. Zentriervorrichtung für Maschinen zur Herstellung von Rundstäben. Otto Loeb & Co., Seefeld und Paul Müller, Berlin. Ang. 4./10. 12.
- Nr. 34 i. 529 218. Tisch mit beweglicher Tischplatte. Aug. Vogel, Seesen a. Harz. Ang. 19./10. 12.
- Nr. 68 d. 529 881. Sicherheits-Türschließer. Joh. Buchholz, Sevelsberg. Ang. 14./10. 12.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. (Bezirk Nord und Bantischler.) Am Sonnabend, den 23. November, hielt unser Bezirk seine letzte diesjährige Bezirksversammlung mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles sprach Herr Diplomingenieur Sonnenschmidt über „Gewerkschaft, Politik und Konsum“. Der Redner besprach zunächst die Entwicklung der Technik und die sich daraus erweisende Großindustrie. Daraus seien große wirtschaftliche Nachteile für die Arbeiter und Angestellten entstanden, und haben sich insolge dessen die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit im Laufe der Jahre außerordentlich zugespitzt. Den Konsum und dessen Regelung noch besprechend, kam der geschätzte Redner nach 1 1/2 stündigen Ausführungen zum Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede. Kollege Bartheld führte in der Diskussion aus, daß die Grundgedanken über Gewerkschaft und Konsum derselben

seien, die der Begründer der deutschen Gewerkvereine, Dr. M. Girsch, vor mehr denn 40 Jahren aufwarf und propagierte. Im Schlußwort ging der Referent noch auf das Thema Gewerkschaft und Politik ein und meinte, daß Statut des Gewerkvereins sage ganz richtig, daß das zwei verschiedene Faktoren seien und dementsprechend behandelt werden müßten. Falsch sei es aber, wenn die Gewerkvereiner nun glaubten, sich von der Politik fernhalten zu müssen oder sich um dieselbe nicht kümmern. Gewerkschaft und Politik müßten sich, wenn auch in zwei verschiedenen Organisationen, ergänzen. Herr Sonnenschmidt wies auf den Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter hin, der es sich zur Aufgabe mache, die Interessen dieser Wirtschaftsklassen zu vertreten, ohne die Klassenunterschiede zu erweitern und forderte auf, durch Beitritt zum Reichsverein an der politischen Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten mitzuwirken. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und der Wunsch geäußert, noch öfter derartige Vorträge zu hören. Hierauf fand die Wahl der Bezirks- und Branchenkommission statt. Gewählt wurden als Obmann A. Krämer, als Kassierer W. Pinkpank, als Schriftführer S. Borchardt und als Beisitzer die Kollegen W. Horn und F. Perren. Bei dem Punkt Werkstattangelegenheiten gab Kollege Bartheld Bericht über den Streit bei der Firma Frait. Um 12 1/2 Uhr trat Schluß der in allen Teilen interessanten Versammlung ein.

S. Borchardt, Schriftführer.

Biberach. Am Freitag, den 22. November, hatte der hiesige Ortsverein die Freude, den Hauptvorsitzenden unseres Gewerkvereins, Kollegen Schumacher-Berlin, begrüßen zu können. Der Vorsitzende eröffnete uns die sowohl für Mitglieder als auch von Verbandsgenossen gut besuchte Versammlung, begrüßte die Anwesenden und dankte für ihr Erscheinen. Besonders herzlich willkommen hieß er den Referenten Kollegen Schumacher und erteilte demselben das Wort zu seinem Vortrag über das Thema: „Stellungnahme zur bevorstehenden Tarifbewegung“. Kollege Schumacher schilderte in einfühlendem freien Vortrage zunächst die Tarifverträge zwischen Arbeitern und Unternehmern, welche zum größten Teile ablaufen und wobei circa 50 000 Holzarbeiter in Betracht kommen, welche sich hauptsächlich auf Schlefien, Mittel-, Ost-, West- und Norddeutschland erstrecken. Süddeutschland komme hierbei weniger in Betracht. Die gegenwärtigen Verhältnisse im Holzgewerbe seien sehr ernster Natur, mehr als sich mancher Kollege vorstelle. Deshalb müssen alle Kräfte für den Gewerkverein angepannt werden, aber auch die Ortsvereine müssen darnach trachten, ihre Lokalkassen zu stärken, um gegebenenfalls gerüstet zu sein. Angestellter Beifall lobte dem Referenten für seinen so lehrreichen und trefflichen Vortrag. Hierauf schloß sich eine rege Diskussion an, welche der Referent ausfüllend unterstützte und manche Anfrage beantwortete. Zu seinem Schlußwort ermahnte derselbe zu festem Zusammenschluß und kräftiger Agitation für die Entwicklung des Gewerkvereins. Nach Schluß der Versammlung wurden noch einige Vieder von den Kollegen des Sängerbundes zum besten gegeben, ebenso einige Solos und Deklamationen ersten und heiteren Inhalts, sowie mehrere schöne Zühervorträge der beiden Töchter unseres Lokalkomitees Hagel. Der ganze Abend war ein lehrreicher zu nennen, und der Ortsverein Biberach würde es mit Freuden begrüßen, den Kollegen Schumacher noch öfter in seiner Mitte sehen zu können. Aug. Schönheinz, Schriftführer.

Danzig. Schon seit Jahren macht der Holzarbeiterverband die größten Anstrengungen, um die Verwaltung der Ortskrankenkasse der Tischler, Stuhl- und Korbmacher, die jetzt hauptsächlich vom Gewerkverein besetzt ist, wieder an sich zu reißen. Zugleich die Geschäfte von unseren Kollegen so geführt wurden, daß Klagen über Unregelmäßigkeiten nicht vorkommen. Anders zu der Zeit, als die Verwaltung in Händen der Verbändler lag, wo es vorkam, daß der Vorsitzende glaubte sich eine Summe aneignen zu können, um dann schleunigst damit zu verduften. Daß das Vertrauen der Kollegen bei einer derartigen Geschäftsführung kein allzu großes sein konnte, läßt sich leicht ermessen. Im vergangenen Jahre gelang es den Verbändler mit einer Stimme Mehrheit einen Sieg zu erringen. Hierdurch stolz gemacht, glaubten sie nun auch in diesem Jahre alles an die Wand drücken zu können. Erklärte doch Herr Unterhalt, der Bevollmächtigte der Zahlstelle Danzig, den Feselschritt werde ihr (die Gewerkvereiner) in diesem Jahre erhalten. Weil man immer beliebt, andere mit Tiernamen zu belegen, so glaubte derselbe auch dieses für sich in Anspruch nehmen zu können. Denn mit dem Esel kann der Herr nur seine Organisation gemeint haben. Zu der Wahl waren denn auch die Verbändler in ihrer ganzen Zahl erschienen, selbst den Gauleiter, Herrn Sidfeld, habe man herangezogen, und trotzdem gelang es unseren Kollegen, unterstützt von den Christen, mit einer Mehrheit von über 30 Stimmen zu wählen. Daß es so kommen konnte, hatten die Herrn in ihrem Größenwahn ganz übersehen. Darüber geriet Herr Sidfeld nun derart in Wut, daß er sich hinreißen ließ, Ausführungen zu machen, die man von einem an bevorzugter Stelle stehenden Beamten nicht erwarten sollte. Dieser Vorgang zeigt wieder einmal, wie die Verbändler sich gern aufs große Pferd setzen, um in der Tat eine unso klüglere Rolle zu spielen. Denn

Vor einem freien Gemeinwohl braucht niemand sich zu ducken. Ein Frosch sperrt weit den Rachen auf und tut nur Fliegen schlucken.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Kollegen noch auf die bevorstehende Tarifbewegung hinweisen. Damit die Arbeitgeber uns gerüstet finden, ist es nötig, in der Agitation fortzuschreiten, so daß auch der letzte Kollege für die Organisation gewonnen wird. Persönliche Bezahlung der Beiträge und regelmässiger Versammlungsbefuch, um auf alle Vorgänge innerhalb der Bewegung auf dem laufenden zu bleiben. Auch in der nächsten Versammlung am Sonnabend den 7. 12. 12 sind wichtige Punkte zu erledigen, darum ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen. O. G.

Erlangen. Der Ortsverein der Holzarbeiter hielt letzten Sonntag seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Kollegen waren hierzu etwas vollzähliger erschienen, als man es sonst von ihnen gewohnt ist. Nach Erledigung einer Anzahl Einläufe die vom Hauptvorstand sowie Bezirksleiter vorlagen, erstattete der Kassierer Kollege Rahner den Tätigkeits- und Kassenbericht vom Jahr 1912. In dem Tätigkeitsbericht wurde besonders hervorgehoben, daß der Versammlungsbefuch von Seiten der Kollegen fast immer ein schlechter war und es im Interesse der Kollegen selbst gelegen wäre, im kommenden Jahr die Verwaltung besser zu unterstützen. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß der Verein den Kollegen gegenüber die vollste Pflicht erfüllt und daß neben den wesentlichen Unterstützungen die sich zur Auszahlung notwendig machten, auch der Hauptkasse in diesem Jahr mehr Zuwendungen gemacht werden konnten. Die hierauf stattgefundene Neuwahl der Verwaltung brachte keine Aenderung, da die Kollegen Böhm als Vorsitzender, Scherzer als Schriftführer und Rahner als Kassierer wiedergewählt wurden. Anschließend an die Versammlung folgte aus Anlaß des 30 jährigen Bestehens unseres Ortsvereins eine kleine Frier. Zu diesem Anlaß hatten sich auch eine Anzahl Familienangehörige der Kollegen eingefunden. Kollege Schindler-Nürnberg hielt eine kleine Festrede. Den Entwicklungsgang des Vereins schildern, gedachte derselbe auch der Gründer, sowie der schwierigen Zeit, mit der man stets zu kämpfen hatte. Die kommende Bewegung in der Holz- und Baubranche streifend, ersuchte Redner, auch weiterhin das Banner der Gewerkvereine hochzuhalten. Sr.

Großenhain i. S. Zum 25. November hatte unser Ortsverein der Holzarbeiter eine außerordentliche Versammlung im Vereinslokal einberufen, in welcher unser Bezirksleiter, Kollege Volkman-Berlin einen Vortrag über „Die bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe“, hielt. Der Vortragende schilderte in klarer, sachlicher Weise die Bedeutung des bevorstehenden Vertragsabschlusses und wies darauf hin, daß die Arbeitszeitverkürzung eine Hauptrolle spielen wird. Gleichzeitig wies Redner auf die Schäden und Mängel des Obligatoriums des paritätischen Arbeitsnachweises hin, und erklärte, daß namentlich unsere Berliner Kollegen, auch ein Teil des Holzarbeiterverbandes, sich gegen das Obligatorium ausgesprochen haben. Referent nahm dann noch einen Gesamtüberblick über die ganze Geschäftslage, ebenso über die gegenseitigen Vorbereitungen, um dann der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß es beiderseits gelingen möge, schon im Interesse der Geschäftswelt, den Frieden zu erhalten, allerdings, so bemerkte Redner zutreffend, kann der Friede nur erhalten werden durch einen Vertragsabschluß, der den Arbeiten auch das bringt, was sie durch unsere ungeligen wirtschaftlichen Verhältnisse, der Versteuerung der notwendigen Lebensmittel einbüßen. Um dieses aber zu erreichen ist es notwendig, daß die drei in Betracht kommenden Organisationen einig maskieren. In der darauf folgenden Debatte kam lebhaft zum Ausdruck, daß man die Notwendigkeit der Einigkeit vollkommen begreife, es aber nicht verstehen könne, wenn kurz vorher in einer andern Versammlung der Redner des Holzarbeiterverbandes, der doch auch eigentlich dasselbe Thema behandelte, aufforderte eine Agitation, namentlich in unsere Reihen, vorzunehmen, was doch angesichts der ernsten Lage ungemein schädlich wirkt. Solche stupide Agitationsmethode muß unsererseits in der schärfsten Form zurückgewiesen werden. In seinem Schlußwort beurteilte auch der Vortragende diese Art der Organisation und forderte zur kräftigen Gegenorganisation, namentlich unter den Unorganisierten, auf. Anknüpfend hieran führte Redner die Bestrebungen unserer Krankenkasse vor Augen und forderte auch hier zum regen Beitritt auf. — Kollegen! Sie haben aus dieser Versammlung wieder manches beherzigenswerte und lehrreiche in sich aufgenommen, lassen wir diesen Worten die Taten folgen. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß jeder die Versammlung besucht und sich frei und offen als Gewerkvereiner bekennt; legen wir die Gleichgültigkeit ab. Auch bei uns läuft im nächsten Jahre der Vertrag für eine Firma ab. Da heißt es jetzt schon rüsten und nicht eher ruhen, bis der letzte Unorganisierte im Gewerkverein organisiert ist. Ganz besonders mache ich die Kollegen noch auf unsere nächste Generalversammlung aufmerksam, wo der wichtigen Tagesordnung wegen das Erscheinen sämtlicher Kollegen erforderlich ist. R. Seidel.

Wetschau. Der Gewerkverein der Holzarbeiter hielt am Sonntag, den 24. November, im Vereinslokal eine außerordentliche Versammlung ab, zu der unser Bezirksleiter, Kollege P. Volkman-Berlin, sein Erscheinen angesagt hatte, um einen Vortrag zu halten und die Kollegen über den Ernst der wirtschaftlichen Lage aufzuklären. Um 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Lohedan, die Versammlung, begrüßte die erschienenen Mitglieder und Verbandskollegen und erteilte dem Redner das Wort zu seinem Vortrag: „Die bevorstehenden Kämpfe im Holz-“

gewerbe." Redner führte aus: „Die Zeiten sind zu ernst, um länger interessenlos zu sein, denn wir stehen vor Aufgaben, die allen nahe liegen. Die Verträge zwischen Arbeitgebern (dem Arbeitgeberverband) und den Arbeitern sind gekündigt und laufen im Februar ab. Es steht dahin, ob es einen Krieg oder Frieden geben wird. 50 000 Arbeiter werden durch die Vertragskündigung berührt und kommen bei den eventuellen Bewegungen in Frage. Schon im Jahre 1910 war es der Arbeitgeberverband im Baugewerbe, der einen großen Zusammenschluß der Arbeitgeber herbeizuführen suchte, um gegen die Arbeiter einen vernichtenden Schlag zu führen. Jetzt ist aber eine große Zentralisation geschaffen, und es kann leicht vorkommen, wenn im Februar keine Einigung erzielt wird, der Krieg noch so lange hingezogen wird, bis die Verträge aller Gruppen ablaufen, um dann gegen alle Arbeiterorganisationen zu Felde zu ziehen. Bei den Verhandlungen über einen neuen Vertrag ist die Verkürzung der Arbeitszeit die Hauptfrage. Man sieht auch im Schlußwort dieser Frage günstig gegenüber, da von diesem erklärt wird, man stehe vor der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Es macht sich aber eine Gegenströmung bemerkbar, die wohl eine Lohnerhöhung, aber keine Arbeitszeitverkürzung einleiten lassen will. Jetzt hat man noch Stellenweise 63 bis 65 Arbeitsstunden wöchentlich, da viele Arbeitgeber ihr Heil in langer Arbeitszeit erblicken — zu ihrem Schaden. Bei kürzerer Arbeitszeit wird dieselbe Arbeit geleistet und die Betriebskosten sind geringer. Dann können aber auch die Arbeiter mehr für ihre Fortbildung tun, wenn sie täglich eine Stunde für sich übrig haben. Ein Krebsknoten sind die Überstunden- und die Sonntagsarbeit. Eine andere wichtige Frage ist der Arbeitsnachweis. Eine alte Forderung der Gewerkschaften ist der paritätische Arbeitsnachweis. Schädlich wirkte aber das Obligatorium. Er weist an einigen Beispielen die Ungerechtigkeiten und Schattenseiten des Obligatoriums nach. Bezeichnend hierfür sind auch die Kämpfe im Holzarbeiterverband zwischen der Zentralstelle Charlottenburg und der Zeitung. Auf dem Verbandstag in München wurde verlangt, daß sich alle kleinen Zentralstellen um Berlin der Zentralstelle Berlin anzuschließen haben, wogegen sich Charlottenburg energisch sträubte mit Rücksicht auf das Nachweis-Obligatorium. Auch im Malerverband und in Hamburg waren lange und heftige Kämpfe um die Einführung des Obligatoriums. Der Arbeitgeberverband hat die Verträge in allen Orten außer Zeitz gekündigt und rüft sich für einen Kampf, daher ist es auch Pflicht der Arbeiter sich zu rufen und auf dem Posten zu sein. Wenn es gelingt den Frieden zu erhalten, so ist dies das Verdienst der Organisationen, die ihn durch ihre Macht erreicht haben. Die Forderungen der Arbeiter sind gerecht und keine frivol. Durch die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel sind die Arbeiter gezwungen, eine Erhöhung der Löhne zu fordern. Die Arbeitgeber erblicken in dem 40. Lebensjahre die Grenze der Leistungsfähigkeit (ältere Arbeiter müssen sie also auf die Straße werfen), während die Regierung die Arbeiter bis zum 70. Jahre für erwerbsfähig hält und erst von diesem Jahre ab die Altersrente zahlt. Der

Arbeiter ist aber nicht nur dazu da, Werte zu schaffen, er will auch seinen Anteil daran haben. Wenn verbannt denn Deutschland die angesehene Stellung der Industrie, als wie der Leistungsfähigkeit der Arbeiter? Daher haben sie auch das Recht, auf die Erfüllung ihrer Forderungen zu bestehen. Notwendig ist es aber, daß alle Arbeiter geschlossen dastehen, daß sich alle der Organisation anschließen, dann wird es auch gelingen, einen günstigen Abschluß der Tarifverträge herbeizuführen, zur Ehre der Organisationen, und nicht zum Nachteil des Gewerkschaftsverbandes der Holzarbeiter.“ — Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seinen interessanten, stündigen Vortrag gesendet. In der Diskussion betonte der Ortsverbandsvorsitzende Martin, daß der Vortrag ganz aus dem Herzen der Anwesenden gesprochen sei. Er bedauert, daß sich nur so Wenige eingefunden haben, und so viele sich die so hochwichtige Aufklärung entgehen ließen. Jeder denkende Arbeiter muß sich einer Organisation anschließen zur Sicherung seiner Existenz. Ist er aber organisiert, dann ist es auch seine Pflicht, in den Versammlungen zu erscheinen und teilzunehmen an den so wichtigen Lebensfragen. Im seinem Schlußwort kommt Redner auf die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse zu sprechen. Diese haben sich so zugespielt, daß es dem Arbeiter kaum möglich ist, sich und die Seinen durchzubringen. Es ist Pflicht der Regierung, sich jetzt auch mal um den Arbeiterstand zu kümmern. Die Reichsfinanzreform, die Reichsversicherungsordnung sind nicht danach angelegt, das Herz des Arbeiters zu erfreuen. So steht es auch mit der eingeführten Hinterbliebenenrente. Eine Witwe kann wohl Hinterbliebenenrente beziehen — aber nur, wenn sie selbst invalide ist. Wenn ist sie aber invalide? Wenn sie unter 30% erwerbsunfähig ist. Wenn sie also noch Kartoffeln schälen kann und 30 S täglich verdient, sich also knapp vor dem Hungertode schützen kann, ist sie noch erwerbsfähig und kann keine Rente erhalten. Es wird Zeit, daß sich der deutsche Michel die Schlafmütze von den Ohren herunterzieht und sich um seine Lebensfragen kümmert. Wie viele Tausende stehen noch der Organisation fern, während die Arbeitgeber, die schon wirtschaftlich kräftiger gestellt sind, sich immer enger schließen. Die Zeiten sind zu schwer, um interessenlos dahinzudämmern. Wenn es der Organisation auch nicht möglich ist, alle Schäden zu beseitigen, so schützt sie doch vor dem größten Unglück. In Krankheit und Arbeitslosigkeit hat man eine kräftige Stütze, und zwar genügt man dann keine Wohltaten, sondern wohlverdiente Rechte. Alle Kollegen müssen mitarbeiten, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, damit unsere Reihen immer mehr gestärkt werden. — Zum Schluß wurde ein Flugblatt der Jugendbewegung verbreitet. Auch hierzu gab der Bezirksleiter Boltmann noch treffliche Ratschläge, wie man die Jugend gewinnen muß, um einen gesunden Nachwuchs zu haben. Mit Dankworten an den Referenten schloß um 6 Uhr der Vortrag die so anregend verlaufene Versammlung, seiner Hoffnung Ausdruck gebend, daß der Bezirksleiter Kollege Boltmann bald wieder den Weg nach Weiskau finden möge.

Lohnbewegung.
Zugung ist fernzuhalten nach Braunsberg (Ostpr.), Frankfurt a. O., Rybnik (Dresdner), Stolp (Fr. Blod).

Briefkasten der Redaktion.
A., Warmbrunn. Ueber die Organisationsgelder hat auch im Kriegsfalle nur die Organisation zu bestimmen. Nach Aushaus, Döbeln und Dresden. Nächste Nr.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 49. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Zur Aushilfe
haben nachstehende Ortsvereine bzw. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Novbr. bis einschl. 30. Novbr. 1912 folgende Zuschüsse erhalten:

a) **Gewerkschaftskasse:** Eerst 60, — Frankfurt (Ober) 180, — Görlitz 50, — Hirschberg 45, — Königsberg 40, — Langensalza 175, — Mühlheim 100, — Neustadt 40, — Sirtgau 1480, — Zeitz II 50 M.

b) **Krankenkasse:** Allenstein 40, — Bautzen 100, Berlin 150, — Bunzlau 15, — Dirschau 80, — Dörmund 40, — Festenberg 60, — Fürth 140, — Görlitz 35, — Graubenz 45, — Hirschberg 15, — Kaiserslautern 30, — Königsberg 50, — L. Lindenau 100, — Rannheim 150, — Rärnberg I 132, — Rathenow 70, — Schmölln 55, — Zeitz II 75, — Zossen 50 M.

c) **Begräbniskasse:** Spandau 90 M.

Berlin, den 30. November 1912.
W. Zietke, Hauptkassierer.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.
Sonntag, den 7. Dezember 1912: Bezirk Ost und Nordost. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Jahlabend. Bezirk Südost und Flaviaer Arbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Bollschläger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Wahl der Bezirksleitung und der Branchenkommision. Bezirk Nord und West. Abds. 8-10 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Jahlabend. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Marischall, Goethestr. 59, Jahlabend.
Sonntag, den 8. Dezember 1912: Einseker. Vorm. 10 Uhr, b. Zimmermann, Kurze Str. 17 (nahe Alexanderplatz), Branchenversammlung. Wahl der Branchenkommision.
Sonntag, den 14. Dezember 1912: Bezirk Ost und Nordost. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksversammlung. Bezirk Stieglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Bielenhühnen, Schloßstr. 66, Bezirksversamml. Modell- u. Fabrikarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Str. 50, Branchenversammlung.
Rege Beteiligung an allen Versammlungen erwartet
Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die „Amtliche Beilage“ bei, welche dem Ausfühler sofort einzuhandigen ist. — Ferner liegen die Inventarverzeichnisse für das Jahr 1912 bei.

Anzeigen.

Für den Inserententeil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Das lieblichste der Feste naht. Mit ungezügelter Freude sehnt besonders die liebe Jugend dies holde Fest herbei. Dem frohlichen Geber bereitet gar oft die Auswahl der Geschenkartikel große Schwierigkeit. Aus dieser Verlegenheit hilft das uns als ireng reell bekannte Versandgeschäft **Zonaß & Co., Berlin N.S. 511.** Ein Blick in den neuesten, 600 Seiten starken Prachtkatalog überzeugt jeden Leser von der außergewöhnlichen Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit des Unternehmens. Die mannigfaltigsten Gegenstände, wie Taschen- und Wanduhren, Grammophone, Musikinstrumente, Geschenkartikel und Luxusartikel, photographische Apparate, ja sogar Spielwaren sind bei dieser soliden Firma erhältlich. Der Umsatz ist staunenswert. So beträgt z. B. der jährliche Versand an Uhren mehr als 25000 Stück. Die Stunden sind auf reichlich 25000 Uhren verteilt. Wie sehr diese Firma ihre Kunden zufriedenstellt, beweist am besten der Umstand, daß in jedem einzigen Monat 13000 alte Uhren, also Uhren, die schon vor dem bei der Firma gekauft hatten, nachbestellt haben. Die Firma liefert in fulmanter Weise ihre Waren auf Verlangen bei bequemem monatlichen Raten. Wir empfehlen daher allen unsern Lesern, umgehend eine Postkarte zu schreiben, und sich den hochinteressanten Prachtkatalog mit 1000 Abbildungen kommen zu lassen. (Genauere Adresse: **Zonaß & Co., Berlin N.S. 511, Wille-Milkenstraße 2.**)

Ortsverein Neufölln.
Sonntag, den 7. Dezember 1912, b. Kramer, Hermannstr. 199,
Versammlung.
Vortrag des Kollegen **Reicher** über: „Der Vertragsbruch.“
Bolzähliges Erscheinen erwartet
Der Ausschuß.

Großenhain. Der Arbeitsnachweis und die Anstaltsstelle in allen Rechtsfragen, Gesuchen u. dgl. befindet sich b. Ortsverbandsvorsitzenden **Koll. Hermann Haake, Fabrikstraße 1.**

Der Arbeitsnachweis des Ortsv. der Holzarbeiter in Spandau befindet sich **Moltkestraße 6, „Restaurant zum Türkischen Belt“.** Fernsprecher Nr. 659.

Drechsler
auf polierte Möbel (Raffinartikel) sucht sofort
P. Matthey, Cassau b. Anklam.

Submissionskuffe.
Die Mängel des heutigen Submissionswesens und ihre verderblichen Folgen für den gewerblichen Mittelstand. Jeder Gewerbetreibende muß dieses Büchlein lesen. Preis einschl. Zustellung 2,10 M., Nachn. 25 Pf. mehr. Zu beziehen nur direkt vom Verfasser **Carl A. Kottke, Berlin NO 55, Goldaperstr. 2.**

Einheitliche Vereinsabzeichen.
Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pf., Manschettenknöpfe das Paar 1 M., und werden dieselben — nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer **Zietke** — sofort den Vereinen zugestellt.
Der Hauptvorstand.

Selbstkochen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 M. im Gewerkschaftsbureau, Judentriebr. 18.
Eisenach (Ortsverband). Karten b. Kassierer **Edmund Hartmann, Wiesenstr. 10.**

Zimmerleute - Achtung!
Wenden Sie sich auf das allseitig empfohlene Werk von **H. Zimmermann, „Das Zimmerhandwerk“** aufmerksam gemacht. Dieses reichhaltige, praktische Lehr-, Nachschlag- und Ratgeberbuch enthält auf über 600 Seiten 1153 Zeichnungen, 7 farbige Tafeln und 2 verlegbare Modelle. Jeder Zimmermann muß es besitzen. Es erleichtert das Arbeiten und hilft verdienen. Preis 2,20 M. — oder der „Eiche“ kann es auch gegen monatliche Zahlungen von 2,30 M. beziehen von **G. P. Kottke, Berlin, Wille-Milkenstraße 2, Zeitz, Zeitzstr. 101.**

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—
Sie sind in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontinenten, Bombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4.— M., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5.— M., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6.— M. Ein Versuch führt zu dauernder Abnahme. — 500 sende franco. — Richtigen Adressenbesuche nehme unentgeltlich an. Bestand meist unter 100 Stück. — **H. P. Kottke, Berlin, Wille-Milkenstraße 2, Zeitz, Zeitzstr. 101.**